

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, den 17. Februar 2022

Vertrauen nicht weiter verspielen!

eaf bekräftigt Forderung nach Familiengipfel im Bundeskanzleramt

Insbesondere Mütter von Kindern unter 15 Jahren zeigten im Verlauf des Jahres 2020 einen deutlichen Vertrauensverlust in Politik und in staatliche Institutionen. Dies geht aus einer aktuellen Studie der Universität Bremen hervor. Ursachen sind die anhaltend hohen Belastungen während der Pandemie und die von den Eltern oft als unzureichend empfundenen politischen Antworten. Da Familien gerade auch bei der Weitergabe von politischen Einstellungen und dem Erlernen von Demokratieverständnis eine wichtige gesellschaftliche Funktion haben, verfolgt die evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf) diese Entwicklung mit großer Sorge.

„Viele Familien fühlen sich mit ihren Belangen nicht gesehen, weil sie die außergewöhnlich großen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Pandemie weitgehend allein schultern mussten und noch immer müssen“, stellt eaf-Präsident Dr. Martin Bujard fest. „Diese Individualisierung der Verantwortung hat bereits am Ende des ersten Pandemiejahres zu einem signifikanten Vertrauensverlust gegenüber der Politik geführt. Hier sollte dringend gegengesteuert werden: Wir brauchen endlich den lang geforderten Familiengipfel im Bundeskanzleramt, auf dem die Bedarfe und auch die Leistungen der Familien von hochrangigen politischen Entscheidungsträgern gesehen und mit ihnen besprochen werden.“

Die BiB-Studie und die Copsy-Studie haben gezeigt, dass die psychischen Belastungen der Kinder und Jugendlichen erheblich zugenommen haben. Etwa eine halbe Million Jugendliche mehr als vor der Pandemie hatten eine depressive Symptomatik. Zudem reduzieren fast ein Fünftel der Mütter mit jüngeren Kindern wegen Corona laut Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung auch im Januar 2022 noch ihre Arbeitszeit. Denn durch häufige Infektionen oder Quarantäne von Kindern ist deren Betreuungsbedarf auch bei geöffneten Schulen und Kitas weiterhin hoch und schwer vorab planbar. Dies führt zur Verfestigung der traditionellen Rollen in den Familien.

Die eaf fordert familienpolitische Konzepte, die über das Ende der Pandemie hinaus erschöpften Familien Erholung ermöglichen und sie bei der Bewältigung ihres Alltags unter-

stützen: Neben einer Verlängerung des Programms „Corona-Auszeit“ über das Jahr 2022 hinaus benötigen Familien nicht nur genug Geld und gute Kinderbetreuung, sondern vor allem mehr Zeit füreinander. „Gute zeitpolitische Instrumente sind dafür unabdingbar“, so Bujard. „Nur wenn die Familien viel stärker in den Blick genommen werden als bisher und der politische Rahmen für echte Erleichterung im Alltag geschaffen wird, kann das Vertrauen der Eltern in staatliche Institutionen und Politik wieder wachsen.“

Ansprechpartnerin: Konstanze Hartmann-Boudol, E-Mail: Hartmann-Boudol@eaf-bund.de

Die evangelische arbeitsgemeinschaft familie e. V. (eaf) ist der familienpolitische Dachverband in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Die Interessen der Evangelischen Familienbildung werden in der eaf vom Forum Familienbildung vertreten.